



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion im Gemeinderat der Stadt Baden-Baden

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

Was ist ein Haushalt einer Kommune? Er ist ein Planwerk dessen, was die Verantwortlichen für die Stadt wollen! Ob er auch das abbildet, was die Stadtgesellschaft braucht, darüber scheiden sich schnell die Geister. Gefragt wird nämlich diese Stadtgesellschaft nicht. Und das ist schade!

Andere Gemeinwesen sind da mit einem Bürgerhaushalt deutlich weiter. Die ablehnende Haltung der Frau OB ist bekannt, ob diese sinnvoll ist, da haben wir unsere Zweifel: Stuttgart macht gerade positive Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt – in einem breiten Projekt, in das Ehrenamtliche eingebunden sind, die über die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung bei einem Haushalt aufklären. Dabei sind mehr als 27.000 Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität eingegangen, eine beeindruckende Zahl. Natürlich wissen auch die Stuttgarter, dass nicht alles 1:1 umgesetzt werden kann. Aber allein die Möglichkeit der Beteiligung zeigt Anteilnahme an der städtischen Zivilgesellschaft, ja kann diese Art von Gemeinschaft produzieren, auf die auch Baden-Baden so dringend angewiesen ist.

Doch fangen wir mit dem Positiven an: Der Haushalt 2015 kommt trotz eines eingeplanten Defizits von ca. 5 Mio Euro ohne Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer aus. Gut so, weil Baden-Baden mit dem Grundsteuerhebesatz von 490% sowieso einsam an der Spitze der mittelbadischen Kommunen steht und wir auch bei der Gewerbesteuer ziemlich vorne angesiedelt sind. Wenn wir schon nach weiteren Einnahmen Ausschau halten, sollten wir mit der Wiedereinführung der Kanalanschlussgebühr beginnen.

Einem Rückgang der Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich von 4,8 Mio stehen Kostenerstattungen und Umlagererhöhungen von insgesamt 2,5 Mio. entgegen.

Baden-Baden ist konsequent in die vom Bund und der grün-roten Landesregierung gesetzten Schwerpunkte z.B. im Bereich der Kleinkinderbetreuung, der Schulsozialarbeit, der Radwegeförderung eingestiegen und befindet sich damit auf einem guten Weg.

Dennoch müssen wir ca. 13 Mio. aus dem allerdings mit 50 Mio. prall gefüllten Rücklagenresor entnehmen, um den Haushaltsausgleich zu schaffen. Doch es tröstet, dass diese Gelder für Investitionen in die Zukunft Verwendung finden.

Auf den ersten Blick „düstere“ Zahlen. Anlass für die städtische Verwaltung Maßhalten des Gemeinderats einzufordern. Doch das gehört zu den üblichen Ritualen, die uns aus Tarifkonflikten so sattsam bekannt sind und erschreckt uns nicht, ehrlich!

Denn die Erfahrung aus den vergangenen Jahren lehrt: es waren immer haushalterisch konservative Haushalte, die verabschiedet worden sind, bei denen nicht vom besten, sondern von einem weniger guten Ende ausgegangen wurde, auf das man vorbereitet sein wollte, um nicht in finanzielle Engpässe zu geraten. Ein solches Verhalten ist legitim, vielleicht sogar notwendig.

Doch wenn wir berücksichtigen, dass wir jedes Jahr Millionenbeträge ins nächste Haushaltsjahr übertragen, dazu in den vergangenen Jahren weder die berechneten Entnahmen aus der Rücklage noch gar Kreditaufnahmen vornehmen mussten, relativiert sich doch einiges. Es zeigt, dass das Jammern nicht nur das Größ Gott des Handwerkers ist, sondern auch das mancher kommunaler Würdenträger.

Die mittelfristige Finanzplanung, die für die nächsten Jahre Defizite erwartet, ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Während Ausgaben ohne Hinterfragen in die Zukunft fortgeschrieben werden, bleiben schon recht konkrete Überlegungen von Bund und Land auf finanzielle Entlastung der Kommunen völlig unberücksichtigt. Also ein Muster ohne Wert. Schreckensszenarien zu skizzieren sollte nicht Aufgabe des Kämmerers sein, dafür haben wir schließlich die FBB.

Überraschend in den städtischen Finanzen kommt für viele der abrupte Wechsel von „himmelhochjauchzend“ auf fast „zu Tode betrübt“. Was scheinbar sogar eine Haushaltsstrukturkommission nötig macht, was Aktivität vermitteln soll, jedoch eher an Aktionismus erinnert.

Die Diskussion ist nämlich dauernd zu führen, was diese Stadt tatsächlich braucht, nicht nur im Rahmen einer Haushaltsstrukturkommission.

Tun wir die richtigen Dinge und tun wir die Dinge richtig? Zu letzterem haben wir einen Vorschlag: Wir fordern die Zusammenführung des Kulturbereichs in einer Hand – die seltsame Trennung zwischen High Culture (Theater, Philharmonie) und bürgerlich-städtischer Kultur (Stadtmuseum, -archiv, Bibliothek, Vereinsförderung) sollte ein Ende finden, wenn man gewillt ist intern Synergien zu erzielen und Doppelstrukturen abzubauen.

Wir leisten uns als Stadt mit etwas mehr als 50.000 Einwohnern die Infrastruktur einer Großstadt. Das ist historisch begründet und das ist auch gut so; es passt zu unserem Anspruch und ist Teil der besonderen Baden-Badener Identität. Zweifelsohne kostet das Geld. Und angesichts dieser Tatsache müssen Überlegungen erlaubt sein, wie man einen Teil unserer gern gesehenen Gäste, die ja auch, ja vielleicht in prominenter Position von dieser Infrastruktur profitieren, beteiligen sollten, um das hohe Leistungsniveau sichern, ja sogar ausbauen zu können. Nennen sie es einen kommunalen Infrastruktursoli. Wer dreistellige Summen für Eintrittskarten berappt, den sollten drei zusätzliche Euro für die Sicherung und Erhaltung des kulturellen Gesamtensembles Baden-Baden nicht zu sehr belasten.

Stichwort Gesamtensemble Baden-Baden:

Häufig ist die Frage zu hören: Wie viel Entwicklung verträgt diese Stadt? Ist es nicht Zeit, deren Zustand „einzufrieren“, Neues nur noch innerhalb der Käseglocke zu



erlauben? Die Sozialdemokraten stellen dem die Frage entgegen: Wie lange kann es sich die Stadt leisten, sich nicht zu entwickeln? Die Veränderungsgeschwindigkeit scheint zugenommen zu haben, aber schnelles Internet im ganzen Stadtgebiet, freies W-LAN ebenso sind heute schon mehr als weiche Standortfaktoren, die die Attraktivität einer Stadt wesentlich definieren.

Keinesfalls gespart werden darf an den Investitionen im Bereich der städtischen Infrastruktur. Der Verzicht auf Unterhaltung und Ertüchtigung mag zwar den Haushalt kurzfristig entlasten – ist langfristig jedoch unwirtschaftlich weil nicht nachhaltig. Von daher finden die 11 Mio. für die bauliche Erhaltung unserer Stadt unsere ausdrückliche Zustimmung.

Gleiches gilt für die in Baden-Baden 2020 festgelegten Ziele, besonders was die städtebauliche Entwicklung anbelangt. Inwieweit das der Gemeinderat ebenso sieht, wird sich in den kommenden Monaten bei den beiden Bebauungsplänen für das Wohnen am Tannenhof und die neue Mitte des SWR-Medienzentrums erweisen.

Verdichtung in den städtebaulichen Strukturen wird allerdings, gerade zur Reduzierung des enormen Flächenverbrauchs, nicht zu vermeiden sein. Darüber müssten wir eine offene Diskussion führen, sachlich, aber ruhig so leidenschaftlich wie die um die scheinbar existentielle Frage der Flachdächer.

Aus unserer Sicht leidet Baden-Baden nicht unter Flachdächern, Baden-Baden leidet unter dem Autoverkehr mit allen Konsequenzen, die daraus folgen.

Dessen Reduzierung wird eine der großen Zukunftsaufgaben der modernen Stadtgesellschaft sein. Das von uns unterstützte Fahrradverleihsystem ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung: was wir nicht erkennen können ist das Ziel, das damit erreicht werden soll. Es sollte ein flächendeckendes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt sein und damit zur Verminderung des Individualverkehrs beitragen. Die geringe Zahl der Stationen und deren Platzierung lässt uns eher an ein zusätzliches Angebot für die Touristen glauben.

Was auch hier fehlt, sind strategisch umfassendere Ansätze, verschiedene Bereiche zu verknüpfen. Die Harmonisierung des Tarifsystems zwischen Fahrradnutzung und ÖPNV ist eine wichtige Voraussetzung für einen Erfolg.

2009 gab es Prophezeiungen über den unmittelbar bevorstehenden Untergang dieser Stadt, sollte nicht sofort ein modernes Verkehrsleitsystem eingerichtet werden. Fünf Jahre später steht dieses System, schon 2010 in technischer Hinsicht hoffnungslos veraltet, immer noch im Haushalt (Teil der zu übertragenden Mittel), die Beharrungskräfte sind halt schon stark. Ein Blick in den Sozialbereich verdeutlicht, wie gering der finanzielle Gestaltungsspielraum des Gemeinderats geworden ist. Die Übernahme von Aufgaben des Bundes und der Länder gegen festgelegten Kostenersatz reißt regelmäßig kleinere und größere Löcher in die städtischen Finanzen. Doch entsprechen die damit verfolgten Ziele unseren Vorstellungen von einer Stadtgesellschaft, die den Schwachen solidarisch unter die Arme greift, sie da fördert, wo sie es nötig haben und gleichzeitig in der vorschulischen und schulischen



Bildung strukturell die Voraussetzungen für Bildungs- und damit Chancengerechtigkeit schaffen.

Die von einigen nachgefragte Einteilung des Haushaltes in Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen, natürlich mit dem Hintergedanken, beim freiwilligen den Rotstift anzusetzen, ist da wenig hilfreich. Wer will denn Hand an die kommunale Mittagsbetreuung an unseren Schulen, an die Ganztagesversorgung in unseren Kitas, die Sprachförderung oder Integrationsarbeit, an Programme für langzeitarbeitslose Jugendliche legen oder die Zuschüsse für Vereine kürzen, alles freiwillige Leistungen? Wir Sozialdemokraten werden bei einer solchen Haushaltskonsolidierung jedenfalls nicht mitmachen.

Das schulische Angebot in Baden-Baden kann sich sehen lassen. Es hat in der Vergangenheit bedeutende Investitionen in den Ausbau unserer Stadt als mittelbadisches Bildungszentrum gegeben. Diesen Weg werden wir weiterhin unterstützen. Doch eine Lücke gilt es noch zu füllen, um diesem Anspruch auch gerecht zu werden. Die schulische Landschaft um Baden-Baden herum verändert sich insofern dramatisch, als viele Kommunen Gemeinschaftsschulen errichten und damit – offensichtlich – einem Bedürfnis vieler Eltern entgegenkommen. Dies war auch in Baden-Baden schon einmal auf einem guten Wege, erodierte aber dann durch eine unsägliche Standortdebatte. Wer Kirchturmdenken analysieren will, der betrachte einfach den Ablauf der Angelegenheit. Wir werden weiterhin für eine Gemeinschaftsschule als **zusätzliches** Angebot in Baden-Baden kämpfen und sind fest davon überzeugt, dass der Elternwille dieses Angebot auch annehmen wird.

Die Aufnahme von Asylbewerbern aus nichtsicheren Drittländern halten wir für eine selbstverständliche humanitäre Pflicht. Wir sind dankbar für die große Welle an Hilfsbereitschaft, die sich auch in Baden-Baden zeigt. Die dezentrale Unterbringung ist für uns ein geeignetes Mittel, diesen Menschen die Anmutung von Heimat zu geben. Denn jedermann ist uns solange fremd, bis wir ihn kennenlernen!

Was fehlt in diesem Haushalt ist das Signal für eine sozial verträgliche Wohnbaupolitik in Baden-Baden. Es genügt nicht, hinter der Vergabe städtischer Grundstücke in Erbpacht anstelle des bisherigen Verkaufs schon eine kopernikanische Wende zu vermuten. Sozial verträgliche Wohnungsbaupolitik braucht den politischen Gestaltungswillen. Die Instrumente dafür hat der Gemeinderat in der Hand. Und es geht, wie andere Beispiele zeigen. Nehmen wir nur das teure München. Seit mehr als drei Jahrzehnten ist es dort Stadtkonsens, dass bei Aufstellung von Bebauungsplänen 30% der Baufläche für den kommunal geförderten Wohnungsbau reserviert ist. Also keine Gettoisierung, sondern Durchmischung; dies erfordert aber auch den Willen, Geld in kommunale Förderprogramme zu stecken – eine Aufgabe, für die wir nicht nur bei der GSE noch viel Luft nach oben sehen. Offenburg sieht im Doppelhaushalt 2014/2015 jeweils 2 Mio € vor, keine kleine Summe, mit der auch kreative Ansätze für familienfreundliches, generationenübergreifendes und energieeffizientes Bauen realisiert werden können. Wir danken Finanzminister Nils Schmid für die Aufnahme Baden-Badens in das Wohnungsbauförderprogramm des Landes, und sind gespannt, wie diese Chance hier genutzt werden wird.



Vermisst habe ich in der Haushaltsrede der Frau Oberbürgermeisterin die Würdigung des starken ehrenamtlichen Engagements in den über 600 kulturellen, caritativen und sportlichen Vereinen in dieser Stadt.

Was nichts kostet, ist scheinbar nichts wert – in der Tat kosten die Vereine wenig bis fast nichts – wenn man die Aufwendungen für sie mit anderen Ausgaben im Sozial- oder Kulturbereich vergleicht – deren gesellschaftliche Wertschöpfung wird offensichtlich als normal hingenommen. Hören wir auf, das Ehrenamt als Kostenfaktor zu betrachten. Sehen wir vielmehr in ihm den Kitt, der auch unsere Stadtgesellschaft zusammenhält. Dass bei der Förderung des Ehrenamtes und der Vereinslandschaft Baden-Baden sein Niveau noch lange nicht erreicht hat, dürfte wohl allen bewusst sein. Insofern warten wir mit Spannung auf die für 2015 angekündigte Initiative zur Stärkung des Ehrenamtes, auch wenn man vergeblich nach einem kostenmäßigen Niederschlag dieser Initiative im städtischen Haushalt sucht. Unser Dank gilt dieser Ehrenamtlichkeit, im caritativen, im kulturellen und im sportlichen Bereich, die unseren Kindern Werte und Kompetenzen für unsere gemeinsame Zukunft vermittelt und Tausenden von Baden-Badenern Bezugspunkte, Identitäten und damit ein Stück Heimat schenkt.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2015 und den Wirtschaftsplänen zustimmen.

